

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 8

Halle (Saale), 25. April 1931

12. Jahrgang

## 10. ordentl. Wahlkreisparteitag

(Wahlkreisverband Halle-Merseburg)

am Sonnabend (2. Mai) und Sonntag (3. Mai) in  
**Weißenfels a. S., Hotel „Goldener Hirsch“**

Sonnabend, den 2. Mai, abends 8 Uhr

### Große öffentliche Kundgebung

Redner: Unser Parteiführer

### Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

Sonntag, den 3. Mai, vormittags 11 Uhr

Beginn der Verhandlungen des Parteitags

1. Geschäftsbericht. 2. Beschlußfassung der Wahlkreis-Satzung. 3. Vorstandswahlen (3 Vorsitzende, Hauptvertrauensfrau, Kassierer). 4. Wahlen zum Reichsparteiausschuß der D. St. P.

### 5. Referat, Minister Dr. Schreiber: Der Kampf um Preußen.

Aussprache. 6. Die nächsten Aufgaben der Parteiarbeit. 7. Anträge und Verschiedenes.

Die Einladungen zum Parteitag mit eingehend gehaltenen Erläuterungen sind den Kreisvereinen und Ortsgruppen zugegangen. Zum Besuch der Dietrich-Kundgebung werden alle Parteifreunde im Wahlkreisverband aufgefordert. Auch Freunde und Bekannte sind für den Besuch dieser öffentlichen Kundgebung zu interessieren. Zur Hin- und Rückfahrt können Sonntagsfahrkarten benutzt werden.

## Politisches Rüstzeug

**Reichsfinanzminister Dietrich gegen weitere Kürzung der Beamtgehälter.** In der Beamtenschaft haben Aeußerungen, die jüngst der württembergische Minister Dr. Bolz (Zentrum) von amtlicher Seite aus über einen angeblich bevorstehenden allmählichen Abbau der Beamtgehälter getan hat, begreifliche Beunruhigung verursacht. Da infolgedessen einige führende Beamtenzeitschriften den Reichskanzler öffentlich aufgefordert haben, zu den Ausführungen des Ministers Bolz alsbald Stellung zu nehmen, so darf man erwarten, daß die Frage der Beamtgehälter schon in der nächsten Kabinettsitzung von dem Reichskanzler zur Sprache gebracht werden wird. Der Reichsfinanzminister hat, wie man weiß, wiederholt seiner Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß zwar das Reich auch über die bisher schon vorgenommenen nachträglichen Abstriche am Reichshaushalt hinaus äußerste Sparsamkeit zu üben habe, daß aber solche einseitigen Maßnahmen, wie weitere Kürzungen der Beamtgehälter, sich nicht rechtfertigen lassen.

**Nazipolitik mit doppeltem Boden.** Hier für, dort gegen den Sozialismus. Wenn es gilt, sich als regierungsfähige Partei aufzuspielen, oder die Schwerindustrie anzuschmorren, dann ist Hitler nicht nur der „streng legale“, dann ist er auch ein scharfer Gegner des schrankenlosen Sozialismus und unbedingter Freund des Kapitalismus. Selbst wenn er bei dieser Gelegenheit das eigene Parteiprogramm verleugnen muß. Wenn aber die Hakenkreuzler mit Arbeitern zu tun haben, dann bedienen sie sich einer Sprache, die kaum die Kommunisten noch übertrumpfen können. So heißt es in einem Flugblatt der Nationalsozialisten, das in Uerdingen a. Rhein zu den Betriebsrätewahlen verbreitet worden ist:

„Am 19. März demonstriert das werktätige Uerdingen gegen das kapitalistische System der schamlosen Ausbeutung der ehrlichen Arbeit, gegen Lohnraub und Rationalisierung, gegen Verräterarbeit der „Gelben“, gegen die youngkapitalistische Politik der christlichen und roten Gewerkschaftsführung, gegen den kommunistischen Arbeiterbetrug, für ein freies sozialistisches Großdeutschland, für Arbeit und Brot. Am 19. März hißt die Uerdinger Arbeiterschaft die rote Hakenkreuzfahne auf den Uerdinger Betrieben.“

Dieses Flugblatt ist ein Beleg dafür, wie kurzsichtig die Industriellen sind, die das Hitlertum als angebliches Gegengift gegen den Marxismus subventionieren. Wenn ihnen nur nicht einmal zu spät die Augen aufgehen.

### Also doch Zinsen im Dritten Reich?

Vor dem Schöffengericht in Göttingen fand kürzlich ein Prozeß gegen den Führer der NSDAP. des Kreises Einbeck,

Herrn Sachsenröder, statt, der einen lehrreichen Einblick in die geistige Verfassung der Hitler-Leute gewährt.

Sachsenröder hatte eine Hypothek vom Preußischen Beamtenverein in Hannover. Dieser betrieb auch die Zwangsversteigerung. Um sie zu hintertreiben, schrieb Sachsenröder einen Brief, in dem er erklärte, daß er die Zwangsversteigerung um fünf Monate aufgeschoben haben möchte. **Sein Grundstück stehe unter dem Schutz des Hakenkreuzes.** Er sei Führer der S.-A.-Abteilung der NSDAP. **In fünf Monaten werde man soweit sein, daß die Partei in Deutschland befehle,** dann würden alle Zwangsversteigerungen aufgehoben werden, er werde dann auch in der Lage sein, die rückständigen Zinsen zu bezahlen. Komme es aber doch zur Zwangsversteigerung, dann würden die empörten Volksgenossen sich zusammenscharen und im Anschluß an die Versteigerung eine gewaltige Protestkundgebung stattfinden.

Der Staatsanwalt in Göttingen hatte diesetwegen Anklage erhoben und gegen den S.-A.-Mann wegen **versuchter Erpressung** drei Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht verurteilte den Propheten des Dritten Reiches allerdings nur zu einem Monat Gefängnis, und billigte ihm, obwohl er bereits dreimal vorbestraft ist, Strafaussetzung zu, wenn er bis zum 1. Mai 100 RM Buße zahlt.

Wir wollen hoffen, daß Adolf Hitler ihm diese 100 RM zur Verfügung stellt, damit Herr Sachsenröder wenigstens einstweilen seine segensreiche Tätigkeit für die NSDAP. weiter entfalten kann.

---

**Die „teure“ Republik und die „billige“ Monarchie!** Die Gegner des heutigen Staates verbreiten im Lande in Versammlungen und durch Flugblätter Märchen über die ungeheuren Kosten, die der Staatsapparat in der deutschen Republik erfordere. Demgegenüber soll in der Monarchie alles viel billiger gewesen sein. Um die Unsinnigkeit solcher Behauptungen zu beweisen, mögen folgende Zahlen wiedergegeben sein:

Der Reichspräsident von Hindenburg bezieht jährlich an Gehalt 60 000 RM, wozu 120 000 RM Aufwandsentschädigungen kommen. Der verstorbene Reichspräsident Friedrich Ebert erhielt nur 53 510 RM. Der Reichskanzler und die Reichsminister beziehen zusammen jährlich gut 400 000 RM. Der Reichstag erfordert rund 8 Millionen RM. Die Unkosten für die Länderregierungen, ihre Minister und ihre Parlamente betragen rund 15 Millionen. Das sind zusammen etwa 24 Millionen.

Stellen wir dem einmal gegenüber die persönlichen Bezüge der früheren deutschen Fürsten. Es erhielten jährlich: Wilhelm II. 23 Millionen; der König von Bayern 6,9 Millionen; der König von Sachsen 4,4 Millionen; der König von Württemberg 2,4 Millionen; der Großherzog von Baden 1,7 Millionen; der Großherzog von Hessen 1,8 Millionen; der Großherzog von Sachsen-Weimar 1 Million; der Großherzog von Oldenburg 0,6 Millionen; der

**A 1      Universit. Bibliothek  
Friedrichstr.**

Herzog von Braunschweig 1,1 Millionen; der Herzog von Sachsen-Meiningen 0,8 Millionen; der Herzog von Anhalt 1 Million; der Herzog von Koburg-Gotha 0,5 Millionen; die Fürsten beider Mecklenburg 5 Millionen RM.

Unter dem Kaiserreiche hatte das deutsche Volk also allein für seine angestammten **Landesherren** jährlich rund 51 Millionen zu bezahlen. Dem stehen in der Republik etwa 24 Millionen für **Regierung und Parlamente** in ganz Deutschland gegenüber. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß dieser Betrag nach dem gesunkenen Geldwert nur etwa 15 Millionen nach der Vorkriegszeit darstellt, und daß Reichspräsident, Reichsminister und Abgeordnete seit dem vorigen Herbst auf 20% ihrer Bezüge verzichtet haben, die aber noch nicht mit eingerechnet sind.

Zu den Bezügen der Landesherren von 51 Millionen kommen außerdem noch die Kosten der Ministergehälter und Parlamente in der Monarchie, die in den 24 Millionen Unkosten des heutigen Staates schon einbegriffen sind. Außerdem waren ja die Fürsten befreit von Steuern und Portogebühren.

---

**Wirtschaftspartei verkauft sich an die Sozialdemokratie.**  
In der vorigen Nummer des P. W. wurde im Bericht über den Provinziallandtag bereits darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftspartei bei der Wahl des Provinzialausschusses ihr bisheriges Bündnis mit den Deutschnationalen löste und dafür die von den Sozialdemokraten geführte Liste unterstützte. Das geschah deshalb, weil die Wirtschaftspartei ihrem Vertreter Kockel einen Sitz im Reichsrat sichern wollte, den die Sozialdemokratie ihr zugesagt hatte. Man muß diesen Umfall der Wirtschaftspartei festhalten, da er ihre innere Zerfahrenheit und politische Unwahrhaftigkeit sehr treffend beleuchtet. Denn gerade sie will ja der geschworene Gegner des Marxismus sein und seine Bekämpfung angeblich grundsätzlich betreiben. Sie zog seinerzeit ihren Minister Bredt sogar aus den Kabinett Brüning heraus, weil ihrer Ansicht nach diese Regierung zu sehr nach links tendierte. Sie marschiert Arm in Arm mit den reaktionären Gruppen und Parteien im Volksbegehren in Preußen, also wiederum gegen die Sozialdemokratie. Im Provinziallandtag aber verkauft sie sich an diese und wählt die sozialdemokratischen Kandidaten für den einflußreichsten Faktor der Provinzialverwaltung. Was will diese sogenannte Wirtschaftspartei also eigentlich? Ihr inneres Wesen ist nichts anderes als Täuschung. Der Meistbietende kann sie jederzeit kaufen.

---

**Werben auch Sie für unser Parteiblatt  
„Politischer Wegweiser“!**

---

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).



# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 8

Halle (Saale), 25. April 1931

12. Jahrgang

## 10. ordentl. Wahlkreisparteitag

(Wahlkreisverband Halle-Merseburg)

ag (3. Mai) in  
ener Hirsch“

ls 8 Uhr  
gebung

rer  
Dietrich

s 11 Uhr  
arteitags

der Wahl-  
orsitzende,  
ahlen zum  
P.

mpf um Preußen.  
der Partei-  
lenes.

nd gehaltenen Er-  
uppen zugegangen.  
alle Parteifreunde  
nde und Bekannte  
ng zu interessieren.  
en benutzt werden.

